



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein SPD**

Giftige Chemie in Trinkwasser und Blut: Wie werden die Menschen im Landkreis Altötting geschützt und informiert?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend Bericht zu erstatten,

- was die Behörden gegen die Belastung der Bevölkerung im Landkreis Altötting, insbesondere in Emmerting, mit gefährlicher Perfluorooctansäure (PFOA) unternehmen,
- welche Maßnahmen sie ergreifen, um eine weitere Belastung des Trinkwassers zu verhindern,
- wie Belastungen und Gefahren für Mensch und Umwelt weiter untersucht werden und
- wie die Bevölkerung zeitnah, offen und umfassend informiert werden soll?

Begründung:

Blutproben aus dem Landkreis Altötting haben vor einem Jahr extrem hohe Werte der mutmaßlich giftigen, krebserregenden und fortpflanzungsschädigenden Perfluorooctansäure (PFOA) aufgewiesen. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) hatte im Herbst 2016 Blutspenden aus Emmerting untersucht. Diese Untersuchungen zeigten, dass die Proben 10 bis 20 mal höher belastet waren, als Durchschnittswerte aus anderen bayerischen Städten wie etwa München oder Passau.

In der EU ist PFOA ab 2020 verboten. PFOA baut sich in der Umwelt nicht ab und ist für den Menschen giftig. Der Stoff wurde daher auf deutsche Initiative bereits im Jahr 2013 als sogenannte besonders besorgniserregende Chemikalie identifiziert und der REACH-Kandidatenliste zugefügt.

Perfluorooctansäure wurde bis zum Jahr 2006 von der Firma Dyneon im Industriepark Gendorf produziert und bis 2008 dort noch eingesetzt. Offensichtlich sind Rückstände dieser gefährlichen Chemikalie in die Umwelt und letztendlich auch ins Trinkwasser gelangt. PFOA und ihre Vorläufersubstanzen werden verwendet, um Oberflächen wasser-, öl- und schmutzabweisende Eigenschaften zu verleihen und werden deshalb in vielen Bereichen eingesetzt, beispielsweise zur Ausrüstung von Textilien und zur Veredelung von Papier.

Es ist für die betroffenen Menschen kaum nachvollziehbar, warum die zuständigen Behörden mögliche Gefahren, zum Beispiel durch belastetes Trinkwasser, nicht früher untersucht haben. Das Gleiche gilt für die Information der Bevölkerung, die von vielen Betroffenen als völlig unzureichend empfunden wird. Deswegen ist ein Bericht der Staatsregierung zu diesem wichtigen Thema dringend notwendig.